



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Sozialausschusses**

#### **Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/226

Mit Plenarbeschluss vom 12. Oktober 2017 hat der Landtag dem Sozialausschuss den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln, Drucksache 19/226, überwiesen. Der Ausschuss hat sich in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 11. Januar 2018, mit dem Antrag befasst und eine schriftliche Anhörung dazu durchgeführt.

Einstimmig empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag mit Zustimmung des Antragstellers, den Antrag der Fraktion der SPD für erledigt zu erklären.

gez. Werner Kalinka  
Vorsitzender